

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 0 15 20-12

Inhalt

Berthold Wittich MdB
zur Notwendigkeit, dem
Rechtsruck durch poli-
tische Aufklärung zu
begegnen: Bildungs-
offensive gegen
Rechtsradikalismus
starten.

Seite 1

Uwe Lambinus MdB zur
Behauptung, das Zu-
wanderungsproblem
ließe sich administrativ
lösen: Artikel 16 - Än-
derung und was dann?

Seite 2

Volker Neumann MdB
zu den Aussagen von
Staatssekretär a.D.
Rehlinger: Neue Fra-
gen an den KoKo-Un-
tersuchungsausschuß.

Seite 3

Peter Conradi MdB zur
Diskussion über das
Europa von morgen:
Nach Maastricht.

Seite 4

Dr. Klaus Kübler MdB
zu den bevorstehenden
ersten freien Parla-
ments- und Präsiden-
tschaftswahlen in dem
südafrikanischen Land:
Angolas schwerer Weg
in die Demokratie.

Seite 5

47. Jahrgang / 185

25. September 1992

Bildungsoffensive gegen Rechtsradikalismus starten

Zur Notwendigkeit, dem Rechtsruck durch politische Aufklärung zu begegnen

Von Berthold Wittich MdB

Daß junge Menschen Molotowcocktails, Pflastersteine und Brandsätze gegen Kinder, Frauen, Polizisten und Heime schleudern, ist ein alarmierendes Zeichen. Es signalisiert nicht nur den Verfall der politischen Moral, sondern auch den Bankrott der politisch-historischen Bildung.

Angesichts brutaler Gewalt, aufgeputschter Instinkte und aggressiver Emotionen sind alle im Bildungsbereich Verantwortlichen aufgerufen, gemeinsam mit den Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Kirchen ein Bündnis zum Schutz der Flüchtlinge zu organisieren und eine Bildungsoffensive gegen den Rechtsradikalismus zu starten. Im Rahmen dieser Aufklärungskampagne müssen sich Lehrer, Erzieher und Sozialarbeiter auf das Lernziel konzentrieren, die Legenden der Unverbesserlichen schonungslos aufzudecken und die menschenverachtenden Parolen der Neonazis zu entlarven. Wer dem Haß in den Köpfen begegnen und dem Terror Einhalt gebieten will, der muß junge Menschen zu nachstehenden Einsichten führen:

- Die Arbeitslosigkeit und die Verarmung der Massen während der Weltwirtschaftskrise beschleunigten den Zerfall der ersten deutschen Demokratie und verstärkten ab 1930 den politischen Ruck nach rechts.
- Am 30. Januar 1933 betrat ein gewissenloser Machtpolitiker die politische Bühne, der, getrieben von einem abgrundtiefen Haß, das Ziel verfolgte, die Völker im Osten Europas zu unterwerfen, die Juden auszurotten und die politischen Gegner zu vernichten.
- Der fanatische Haß der Nazis gegen Ausländer, Juden, Demokraten, Intellektuelle sowie unbeugsame Männer und Frauen der Kirchen führte geradewegs in den Zweiten Weltkrieg, in den Kessel von Stalingrad und in die Hölle von Auschwitz.
- Dieser "Führer" hat die deutsche Jugend in einen Angriffskrieg getrieben und an allen Fronten geopfert.
- Am Ende des von Hitler entfesselten Krieges standen millionenfach der Tod, Trümmer und Ruinen, Vertreibung und Flucht, Besetzung und Tötung.

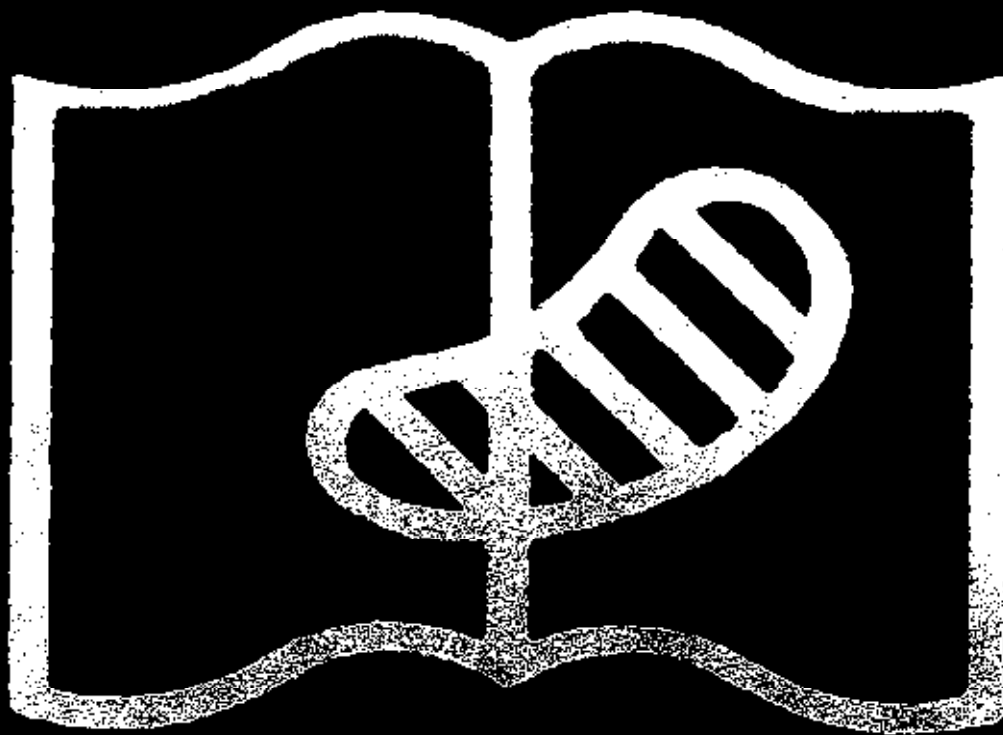
Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with vegetable inks
Recycling-Paper



Wir dürfen nicht zulassen, daß die Feinde der Demokratie wiederum Jugendliche und Kinder verführen und in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen treiben. Deshalb bedarf es der gezielten Bildungsoffensive, um der Mobilisierung der Dummheit durch Rattenfänger von rechts entgegenzutreten und junge Bürgerinnen und Bürger zum friedlichen Miteinander zu erziehen. Diese Aufklärungskampagne wird jedoch nur dann zum angestrebten Erfolg führen, wenn die Verantwortlichen die Wichtigkeit der



Neue Fragen an den KoKo-Untersuchungsausschuß
Zu den Aussagen von Staatssekretär a.D. Rehlinger

Von Volker Neumann MdB
Mitglied des Untersuchungsausschuß "Kommerzielle Koordinierung"

Staatssekretär Rehlinger, der 1988 sein Amt im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen verlassen hat, hat in seinem Buch "Freikauf" beschrieben, was bisher alle für eine Tatsache gehalten haben: Bei dem Freikauf der Häftlinge sollten der DDR keine direkten Zahlungen zugeleitet werden, sondern nur Waren. Wörtlich schreibt Rehlinger: "Ich achtete später sehr darauf, daß Güter aus westdeutscher Produktion geliefert wurden, damit wenigstens ein Teil dieser Mittel - schließlich handelte es sich um Steuergelder - wirtschaftlich Firmen in der Bundesrepublik zugute kamen".

Auch bei der Vernehmung von Rehlinger am 3. Juni 1992 hat dieser noch einmal bestätigt, daß nur Waren geliefert worden sind und zwar über die sogenannten Vertrauensfirmen des Diakonischen Werkes an die KoKo-Firma "Intrac" oder über einen Zwischenhändler, nämlich die Liechtensteiner KoKo-Tochter "Elmsoka", in die DDR. Schon zu diesem Zeitpunkt tauchte der Verdacht auf, daß dies nicht den Tatsachen entspricht. Nach den neuesten Erkenntnissen muß Rehlinger gefragt werden, ob er uns alles gesagt hat. Auf die Frage, ob nicht nur Optionen an der Londoner Börse verkauft worden sind, die von der DDR unmittelbar wieder verkauft wurden, schob Rehlinger die ganze Verantwortung auf das Diakonische Werk. Inzwischen hat Ehrenpräsident Neukamm erklärt, daß der Warenkatalog auf Anordnung des Bonner Ministeriums auf Rohstoffe erweitert wurde. Diese Rohstoffe wie Silber und Kupfer, aber auch Rohöl und Industriediamanten, wurden, wie nunmehr die Vernehmungen ergeben haben, gar nicht mehr immer direkt in die DDR geliefert. Das Silber, so hat die SPD-Arbeitsgruppe "Kommerzielle Koordinierung" herausgefunden, ist von der Degussa auf direktem Weg mit der Deutrans über den Rostocker Hafen an die Londoner Börse gelangt und dort im wahrsten Sinne des Wortes "versilbert" worden. Bei Kupfer, so hat der Intrac-Direktor Grötzinger ausgesagt, wurde die Ware gar nicht mehr transportiert, sondern gleich an der Londoner Kupferbörse "verschmelzt". Wer die Veranlassung gegeben hat, den Warenkatalog auf solche Rohstoffe zu erweitern, die von der DDR unmittelbar zu Devisen gemacht wurden, und wer davon wußte, muß noch geklärt werden. Jede Lieferung ist vom Bundeswirtschaftsministerium abgesegnet worden. Es ist deshalb kaum glaubhaft, daß die jeweils verantwortliche Bundesregierung nicht wußte, daß hier für den Häftlingsfreikauf praktisch direkt Geld an die DDR gezahlt worden ist. Die Umwege, die gewählt worden sind, lassen den Verdacht aufkommen, daß hier von Zwischenhändlern kräftig verdient worden ist. Dieses wird der Untersuchungsausschuß noch aufklären müssen. Aufklären muß er auch, ob die Umsatzsteuerbefreiung für die "Vertrauensfirmen" bei den Warenlieferungen eine besondere Bedeutung hatten. Intrac-Direktor Grötzinger teilte nämlich mit, daß die Intrac auch über die Geschäfte des Häftlingsfreikaufs hinaus mit den Vertrauensfirmen in Geschäftsbeziehungen stand.

Fest steht jedenfalls, daß in den letzten Jahren des Häftlingsfreikaufs nur zum Schein nach dem Prinzip gehandelt wurde, daß die Gegenleistung für den Häftlingsfreikauf in Waren bestehen sollte, die der Bevölkerung der DDR zu Gute kamen. In Wahrheit ging das Geld auf direktem Wege in die Staatskasse der DDR und zum Teil sogar auf das Sonderkonto "Honecker".

(-/25. September 1992/rs/ks)

Wir dürfen nicht zulassen, daß die Feinde der Demokratie wiederum Jugendliche und Kinder verführen und in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen treiben. Deshalb bedarf es der gezielten Bildungsoffensive, um der Mobilisierung der Dummheit durch Rattenfänger von rechts entgegenzutreten und junge Bürgerinnen und Bürger zum friedlichen Miteinander zu erziehen. Diese Aufklärungskampagne wird jedoch nur dann zum angestrebten Erfolg führen, wenn sie eingebettet ist in wirksame Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot und der Demontage des Sozialstaats.

(-/25. September 1992/rs/ks)

Artikel 16 - Änderung und was dann?

Zur Behauptung, das Zuwanderungsproblem ließe sich administrativ lösen

Von Uwe Lambinus MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Immer wieder wird davon gesprochen, daß das Problem der "massenhaften Zuwanderung unter Mißbrauch des Asylrechtes" nur durch eine Änderung des Artikel 16 "gelöst" werden könne.

Nun, Änderung des Artikel 16 hin oder her - alle Sachverständigen sind sich darüber einig, daß dies das Problem der Elendswanderung von Ost nach West und von Süd nach Nord nicht löst, ja wie ich meine, völlig neue, schlimmere Probleme schaffen wird.

Probleme, die bereits jetzt gesehen werden können und deshalb in die Diskussion eingeführt werden müssen.

Sicher, eine Änderung unseres Asylrechtes würde auf einen Teil der Zuwanderer eine abschreckende Wirkung erzielen, aber eben nur auf einen Teil. Dabei ist es müßig, akademisch darüber zu streiten, wie groß dieser Teil sein wird.

Richtig ist, daß sich viele nicht daran hindern lassen werden, "ihr Glück" bei uns zu suchen. Sie werden als Illegale zu uns kommen und hier zu (über)leben versuchen. Aber - und dies ist der Unterschied, sie werden nicht registriert sein, nicht erfaßt und sie werden keinerlei Hilfe zur Besterdung ihres Lebensunterhaltes erhalten.

Dies wird sie dazu zwingen, sich ihren Lebensunterhalt auf andere Art und Weise zu sichern:

- durch illegale Beschäftigung
- durch Kriminalität.

Eines ist so schlimm wie das andere.

- Schon heute haben wir das Problem der illegalen Beschäftigung nicht im Griff. Dieses Problem wird sich verschärfen mit allen Folgeerscheinungen wie Zunahme der Arbeitslosigkeit und, wie könnte dies auch anders sein, mit einer Aushöhlung der unteren Tariffbereiche.
- Es wird eine dramatische Steigerung der Kriminalitätsrate geben. Und wieder wird der Ruf nach staatlichem Handeln, das heißt nach gesetzgeberischen Initiativen zur Verbesserung des polizeilichen Instrumentariums zur Bekämpfung eben jener Kriminalität laut werden. Und wieder werden wir sehr schnell an den Grenzen des Grundrechtskatalogs unseres Grundgesetzes sein.

Was sagen wir dann unseren Bürgerinnen und Bürgern?

Werden wir dann unsere Bundeswehr an unseren Grenzen aufmarschieren lassen und Schießbefehl erteilen?

(-/25. September 1992/rs/ks)

Neue Fragen an den KoKo-Untersuchungsausschuß
Zu den Aussagen von Staatssekretär a.D. Rehlinger

Von Volker Neumann MdB
Mitglied des Untersuchungsausschuß "Kommerzielle Koordinierung"

Staatssekretär Rehlinger, der 1988 sein Amt im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen verlassen hat, hat in seinem Buch "Freikauf" beschrieben, was bisher alle für eine Tatsache gehalten haben: Bei dem Freikauf der Häftlinge sollten der DDR keine direkten Zahlungen zugeleitet werden, sondern nur Waren. Wörtlich schreibt Rehlinger: "Ich achtete später sehr darauf, daß Güter aus westdeutscher Produktion geliefert wurden, damit wenigstens ein Teil dieser Mittel - schließlich handelte es sich um Steuergelder - wirtschaftlich Firmen in der Bundesrepublik zugute kamen".

Auch bei der Vernehmung von Rehlinger am 3. Juni 1992 hat dieser noch einmal bestätigt, daß nur Waren geliefert worden sind und zwar über die sogenannten Vertrauensfirmen des Diakonischen Werkes an die KoKo-Firma "Intrac" oder über einen Zwischenhändler, nämlich die Liechtensteiner KoKo-Tochter "Elmsoka", in die DDR. Schon zu diesem Zeitpunkt tauchte der Verdacht auf, daß dies nicht den Tatsachen entspricht. Nach den neuesten Erkenntnissen muß Rehlinger gefragt werden, ob er uns alles gesagt hat. Auf die Frage, ob nicht nur Optionen an der Londoner Börse verkauft worden sind, die von der DDR unmittelbar wieder verkauft wurden, schob Rehlinger die ganze Verantwortung auf das Diakonische Werk. Inzwischen hat Ehrenpräsident Neukamm erklärt, daß der Warenkatalog auf Anordnung des Bonner Ministeriums auf Rohstoffe erweitert wurde. Diese Rohstoffe wie Silber und Kupfer, aber auch Rohöl und Industriediamanten, wurden, wie nunmehr die Vernehmungen ergeben haben, gar nicht mehr immer direkt in die DDR geliefert. Das Silber, so hat die SPD-Arbeitsgruppe "Kommerzielle Koordinierung" herausgefunden, ist von der Degussa auf direktem Weg mit der Deutrans über den Rostocker Hafen an die Londoner Börse gelangt und dort im wahrsten Sinne des Wortes "versilbert" worden. Bei Kupfer, so hat der Intrac-Direktor Grötzinger ausgesagt, wurde die Ware gar nicht mehr transportiert, sondern gleich an der Londoner Kupferbörse "verschertelt". Wer die Veranlassung gegeben hat, den Warenkatalog auf solche Rohstoffe zu erweitern, die von der DDR unmittelbar zu Devisen gemacht wurden, und wer davon wußte, muß noch geklärt werden. Jede Lieferung ist vom Bundeswirtschaftsministerium abgesegnet worden. Es ist deshalb kaum glaubhaft, daß die jeweils verantwortliche Bundesregierung nicht wußte, daß hier für den Häftlingsfreikauf praktisch direkt Geld an die DDR gezahlt worden ist. Die Umwege, die gewählt worden sind, lassen den Verdacht aufkommen, daß hier von Zwischenhändlern kräftig verdient worden ist. Dieses wird der Untersuchungsausschuß noch aufklären müssen. Aufklären muß er auch, ob die Umsatzsteuerbefreiung für die "Vertrauensfirmen" bei den Warenlieferungen eine besondere Bedeutung hatten. Intrac-Direktor Grötzinger teilte nämlich mit, daß die Intrac auch über die Geschäfte des Häftlingsfreikaufs hinaus mit den Vertrauensfirmen in Geschäftsbeziehungen stand.

Fest steht jedenfalls, daß in den letzten Jahren des Häftlingsfreikaufs nur zum Schein nach dem Prinzip gehandelt wurde, daß die Gegenleistung für den Häftlingsfreikauf in Waren bestehen sollte, die der Bevölkerung der DDR zu Gute kamen. In Wahrheit ging das Geld auf direktem Wege in die Staatskasse der DDR und zum Teil sogar auf das Sonderkonto "Honecker".

(-/25. September 1992/rs/ks)

Nach Maastricht
Zur Diskussion über das Europa von morgen

Von Peter Conrad MdB

Über Subsidiarität, Erweiterung und Parlamentarismus in der EG wollen Kohl und Mitterrand reden. Offensichtlich ist der Schrecken über den französischen Abstimmungssieg den beiden Vätern der politischen Union Europas in die Knochen gefahren. Wie ernst die neuerliche Bereitschaft ist, auf die Kritik am Maastrichter Vertrag einzugehen, wird sich zeigen. Ob damit der Vertrag noch zu retten ist, steht zu bezweifeln.

Während die Oberen spüren, daß der Wind der öffentlichen Meinung der EG ins Gesicht bläst, blasen die Berufs-Euros wie eh und je die Backen auf. Durchhalteparolen des Jetzt-erst-recht, Weiter-so und Vorwärts-durch sind angesichts der dänischen und englischen Haltung eher komisch. Vor allem die Abgeordneten des Europäischen Parlaments tun sich mit Kraftsprüchen hervor. Sie verstehen sich nicht als Vertreter des Volkes gegenüber der EG-Bürokratie, sondern als Vertreter der EG-Bürokratie gegenüber dem Volk. Wer kennt unsere Euro-Abgeordneten, und wer weiß, für was sie stehen? Wer sein Parlament als Werbeagentur für die EG versteht, darf sich nicht wundern, wenn die Bürgerinnen und Bürger dieses Parlament nicht ernst nehmen.

Der Euro-Gipfel der Panikmache war die Behauptung "Maastricht oder Sarajevo". Auch nach dem Scheitern von Maastricht gibt es in Europa keinen Krieg, vielmehr gelten die EG-Verträge von Rom weiter, und der einheitliche Markt tritt wie vorgesehen in Kraft. Nach Maastricht wäre es jetzt Zeit, für eine breite öffentliche Diskussion über Demokratie und Subsidiarität in Europa. Wie soll Europa aussehen, wie soll es verfaßt sein? Mit einer Verfassungsinitiative des Europäischen Parlaments für die Vereinigten Staaten von Europa könnte die Euro-Stagnation überwunden werden. Aber wer die Töne aus Straßburg hört, muß bezweifeln, daß das Europäische Parlament die politische Kraft hat, das von Rat und Kommission auf den Sand gesetzte Europa-Schiff wieder in Fahrt zu bringen.

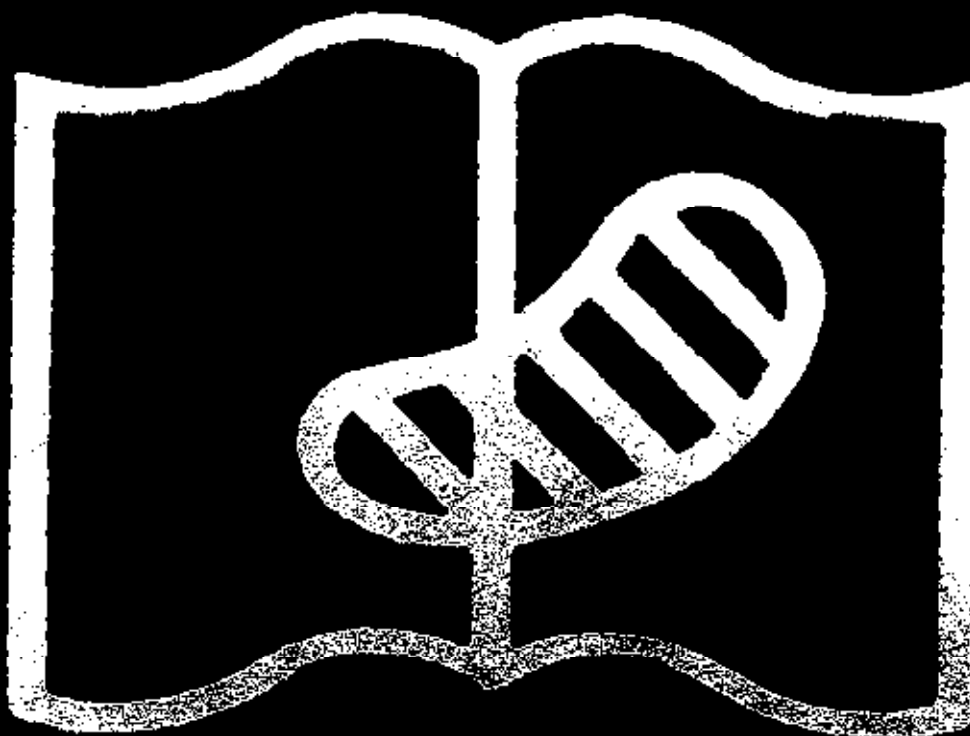
Neben allen dummen Euro-Sprüchen gibt es ein ernstzunehmendes Argument für den Maastrichter Vertrag: Scheitert der Vertrag, so Peter Glotz und andere, die sich ernsthaft mit der Kritik an diesem Vertrag auseinandersetzen und sie in vielen Punkten teilen, dann fällt Europa nicht nur im Osten und Südosten wieder zurück in den Nationalismus von gestern. Wer teilt diese Sorge nicht?

Doch man muß dieses Argument vom Kopf auf die Füße stellen: Weil der Traum eines geeinten Europas in der EG zu einer fremden, fernen, unkontrollierten Bürokratie ohne Subsidiarität und Demokratie verkommen ist, haben die Menschen Angst und Zweifel und suchen Zuflucht im vertrauten eigenen Nationalstaat.

Mit EG-Richtlinien ist kein europäischer Staat zu machen. Wenn es bei Maastricht bleibt, wenn es nicht gelingt, die EG mit demokratischem Leben zu erfüllen, dann wird Europa wieder in Nationalstaaten zerfallen. Die Alternative heißt nicht "Maastricht oder Rückfall in den Nationalismus", sondern "Der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa führt über das Nein zu Maastricht".

(-/25. September 1992/rs/ks)

Angelschwere Weg in die Demokratie



Nach Maastricht
Zur Diskussion über das Europa von morgen

Von Peter Conradl MdB

Über Subsidiarität, Erweiterung und Parlamentarismus in der EG wollen Kohl und Mitterrand reden. Offensichtlich ist der Schrecken über den französischen Abstimmungssieg den beiden Vätern der politischen Union Europas in die Knochen gefahren. Wie ernst die neuerliche Bereitschaft ist, auf die Kritik am Maastrichter Vertrag einzugehen, wird sich zeigen. Ob damit der Vertrag noch zu retten ist, steht zu bezweifeln.

Während die Oberen spüren, daß der Wind der öffentlichen Meinung der EG ins Gesicht bläst, blasen die Berufs-Euros wie eh und je die Backen auf. Durchhalteparolen des Jetzt-erst-recht, Weiter-so und Vorwärts-durch sind angesichts der dänischen und englischen Haltung eher komisch. Vor allem die Abgeordneten des Europäischen Parlaments tun sich mit Kraftsprüchen hervor. Sie verstehen sich nicht als Vertreter des Volkes gegenüber der EG-Bürokratie, sondern als Vertreter der EG-Bürokratie gegenüber dem Volk. Wer kennt unsere Euro-Abgeordneten, und wer weiß, für was sie stehen? Wer sein Parlament als Werbeagentur für die EG versteht, darf sich nicht wundern, wenn die Bürgerinnen und Bürger dieses Parlament nicht ernst nehmen.

Der Euro-Gipfel der Panikmache war die Behauptung "Maastricht oder Sarajevo". Auch nach dem Scheitern von Maastricht gibt es in Europa keinen Krieg, vielmehr gelten die EG-Verträge von Rom weiter, und der einheitliche Markt tritt wie vorgesehen in Kraft. Nach Maastricht wäre es jetzt Zeit, für eine breite öffentliche Diskussion über Demokratie und Subsidiarität in Europa. Wie soll Europa aussehen, wie soll es verfaßt sein? Mit einer Verfassungsinitiative des Europäischen Parlaments für die Vereinigten Staaten von Europa könnte die Euro-Stagnation überwunden werden. Aber wer die Töne aus Straßburg hört, muß bezweifeln, daß das Europäische Parlament die politische Kraft hat, das von Rat und Kommission auf den Sand gesetzte Europa-Schiff wieder in Fahrt zu bringen.

Neben allen dummen Euro-Sprüchen gibt es ein ernstzunehmendes Argument für den Maastrichter Vertrag: Scheitert der Vertrag, so Peter Glotz und andere, die sich ernsthaft mit der Kritik an diesem Vertrag auseinandersetzen und sie in vielen Punkten teilen, dann fällt Europa nicht nur im Osten und Südosten wieder zurück in den Nationalismus von gestern. Wer teilt diese Sorge nicht?

Doch man muß dieses Argument vom Kopf auf die Füße stellen: Weil der Traum eines geeinten Europas in der EG zu einer fremden, fernen, unkontrollierten Bürokratie ohne Subsidiarität und Demokratie verkommen ist, haben die Menschen Angst und Zweifel und suchen Zuflucht im vertrauten eigenen Nationalstaat.

Mit EG-Richtlinien ist kein europäischer Staat zu machen. Wenn es bei Maastricht bleibt, wenn es nicht gelingt, die EG mit demokratischem Leben zu erfüllen, dann wird Europa wieder in Nationalstaaten zerfallen. Die Alternative heißt nicht "Maastricht oder Rückfall in den Nationalismus", sondern "Der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa führt über das Nein zu Maastricht".

(-/25. September 1992/rs/ks)

Angolas schwerer Weg in die Demokratie

**Zu den bevorstehenden ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in dem
südafrikanischen Lano**

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Der Befriedungsprozeß in Angola tritt jetzt in seine entscheidende Phase, die Phase der Demokratisierung, ein. Die erste Phase des Demokratieprozesses stellen die ersten freien Wahlen zum Parlament und die Präsidentschaftswahlen dar, die gleichzeitig durchgeführt werden. Sie finden am 29. und 30. September 1992 nach 30 Jahren zuerst Kolonial- und später Bürgerkrieg statt.

Das Ergebnis der Stimmabgabe ist ungewiß. Aussicht auf einen Wahlerfolg haben die einst marxistische Regierungspartei MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas), die von Staatspräsident Jose Eduardo dos Santos geführt wird, und die rechtsgerichtete UNITA (Nationale Bewegung für die völlige Unabhängigkeit Angolas), deren Führer Jonas Savimbi ist. Die innere Struktur beider Parteien war wenig demokratisch. Auch innerparteiliche Opposition wurde jeweils blutig unterdrückt. Dennoch scheint bei der bisherigen Staatspartei MPLA der innere Demokratieprozeß wesentlich erfolgreicher verlaufen zu sein als bei der UNITA. Der Westen hat zu einem großen Teil bislang im Rahmen des Ost-West-Konfliktes auf die UNITA gesetzt gehabt. Eine zweifelhafte Haltung.

In Angola herrscht jetzt vor den Wahlen eine Atmosphäre der Ungewißheit und Unsicherheit. In der Bevölkerung traut man dem Frieden kurz nach dem blutigen Bürgerkrieg zwischen MPLA und UNITA nicht. Die MPLA war von der ehemaligen Sowjetunion und Kuba unterstützt worden, die UNITA hatte Hilfe von den USA und Südafrika erhalten. Zwar gab es am 31. Mai 1991 ein Friedensabkommen zwischen den beiden Beteiligten des sechzehn Jahre dauernden Bürgerkrieges, doch haben MPLA und UNITA immer noch eigene Truppen, obwohl die im Friedensabkommen vereinbarte Demobilisierung bereits im August abgeschlossen sein sollte. Nach Angabe der UNO sind bisher erst 55.000 der 110.000 Regierungssoldaten und 7.500 der über 30.000 UNITA-Soldaten entwaffnet und entlassen worden. Wichtig ist zu wissen, daß zwar eine Trennung von Mann und Waffe stattgefunden hat. Die "Wieder-Zusammenführung" von beiden in bestimmten Situationen ist aber wohl nicht schwer.

Die Angst der angolischen Bevölkerung, daß der Verlierer der Wahl wieder zu den Waffen greifen könnte, führt zu großer Zurückhaltung der Bevölkerung in der Politik. Andererseits ist sehr positiv zu vermerken, daß sich über 4,8 Millionen Angolaner in die Wählerverzeichnisse eintragen ließen. So haben sich in Luanda von geschätzten 860.000 Wahlberechtigten 635.000

eintragen lassen, in Benguela sogar 568.000 Wahlberechtigte. Geschätzt worden waren zunächst nur 330.000. Dies zeugt von einem außerordentlich hohen Wahlinteresse.

Eine weitere Unsicherheit vor den ersten freien Wahlen in Angola ist der innere Zustand der UNITA. Im März 1992 traten wichtige Mitglieder der UNITA aus der Bewegung aus, nachdem der frühere UNITA-Vertreter in Washington, Tito Chingunji, der als möglicher Nachfolger von UNITA-Führer Savimbi galt, und seine Familie von UNITA-Leuten ermordet worden waren. Drahtzieher der Ermordung soll Savimbi sein. Zu den Dissidenten gehören Tony da Costa Fernandes, Gründungsmitglied und bis zu seinem Austritt "Außenminister" der UNITA, und "Innenminister" General Miguel Nzau Puna.

In der Region Cabinda gibt es eine Befreiungsfront (FLEC-FAC), die sich für die Unabhängigkeit Cabindas von Angola einsetzt - ein weiterer Unsicherheitsfaktor vor den Wahlen. Die Region Cabinda hat wegen ihrer Öl-Vorkommen für Angola eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung. 60 Prozent des angolanschen Öls wird in Cabinda produziert. Hier finden weder MPLA noch UNITA Unterstützung und Wähler. Cabinda strebt eine völlige Unabhängigkeit von Angola an.

Der Wahlausgang der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ist völlig offen. Neben den beiden großen politischen Gruppen und Parteien MPLA und UNITA gibt es noch eine Reihe kleinerer Parteien. Es wird darauf ankommen, wieviele Stimmen die kleinen Parteien welchen der beiden großen politischen Gruppierungen wegnehmen werden. Das gilt insbesondere für die Hauptstadt Luanda. Schwer einzuschätzen sind deshalb die Chancen der FNLA (Front National Liberation Angola), einer wichtigen Partei im Unabhängigkeitskampf Angolas. Die FNLA hat sich dabei große Verdienste erworben.

Entscheidend wird sein, ob die Verlierer das Wählervotum anerkennen werden. Die "augenblickliche" Trennung von Mann und Waffe von größeren Teilen der ehemaligen Regierungsarmee und der UNITA-Truppen läßt Befürchtungen aufkommen. Internationale Wahlbeobachtung und die UNO-Militärbeobachter haben deshalb eine wichtige Rolle wahrzunehmen.

(-/25. September 1992/rs/ks)
